



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)**

540 (20.11.1930) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-355211](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-355211)

# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

Berlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 249 51  
Postfach-Konto: Karlsruher Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: RemaZeit Mannheim

Einzelpreis: Im Einzelheft 10 Pf. — 40 die 12 mm breite  
Colonne: Im Heftpreis 10 Pf. — die 70 mm breite Zeile.  
Für im voraus zu bezahlende Familien- u. Gelegenheits-Ausgaben  
besondere Preise. — Rabatt nach Tarif. — Für das Erscheinen von  
Anzeigen in bestimmten Rubriken, an besonderen Plätzen und für  
telephonische Aufträge keine Gewähr. — Geschäftsstand Mannheim.

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 20. November 1930

141. Jahrgang — Nr. 540

# Die Neuregelung der Tabaksteuer

Der preussische Kompromißvorschlag wird von der Reichsregierung angenommen — Bevorzugung der Zigarre auf Kosten der Zigarette

## Eine Ueberraschung

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 20. Nov.

Die Entscheidung in der Tabaksteuerfrage ist bis zum letzten Minute. Noch um die Mittagsstunde zu Beginn der Sitzung der Reichsratskommission war die Situation völlig unklar. Auch das Ergebnis selbst war eine Ueberraschung. Vorliegen der ursprünglichen Erwartung ist es freilich doch gelungen, mit seinem Kompromißvorschlag durchzubringen und eine Regelung herbeizuführen, die die Zigarette zu Gunsten der Zigarre benachteiligt.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

Die Reichsregierung erklärte sich mit der von Preußen vorgeschlagenen und von der Mehrheit des Reichsrats gebilligten Forderung der Tabaksteuererhöhung einverstanden, umso mehr als ihr finanzielles Interesse dadurch unberührt bleibt.

Weder hat in Gemeinschaft mit Bremen, Sachsen und Hessen gegen diese Regelung gestimmt. Nach der nun getroffenen Regelung wird der Tabaksteuersatz gegenüber der Regierungsvorlage um 20 Prozent pro Doppelzentner gesenkt, nämlich von 250 auf 200 Mark.

## Der Landtag tagt wieder

### Die Eröffnungsfeier

Eigener Drahtbericht

□ Karlsruhe, 20. Nov.

Die verhängnisvolle alle Reichstagspräsident in heute aus ihrem politischen Vorwärtsschick durch die Eröffnung der zweiten Sitzungsperiode des im November 1929 gewählten Landtags wieder zu etwas puffrigerem Leben erweckt worden. Lange vor den feierlichen, aber andächtigsten Stunden hat man etwas überhört am 4. Juni d. J. die erste Tagung geschlossen.

Das alte Ständehaus prangt heute im feierlichen Schmuck zahlreicher Fahnen, die in diesem melancholischen Novemberregen etwas trübselig herabhängen. Nach den üblichen Gottesdiensten der drei Stände versammelten sich die Abgeordneten nach nahezu 40monatlicher Pause wieder im Reichstagsgebäude.

### Zwei fehlen

Der „Alte vom Lande“, der verstorbenen Zentrumsführer Dr. Scholer, auf dessen letztem Wege ein Blumenkranz in Weich und Grün die für seine Fraktionskollegen schwerliche Lade doppelt fast erkennen läßt und der am 14. September in den Berliner Wallgarten erkrankte nationalsozialistische Abgeordnete, der auf sein Landtagsmandat verzichtet hat. An ihrer Stelle werden nach Erfüllung der veränderten Regularien und nach Prüfung der Mandatsausmachungen die neuen Abg. Schwarz vom Zentrum und der nationalsozialistische Reichstag von Weierstein ohne jedes Zeremoniell in das Reichstagsgebäude und in das Oratorium des hohen Hauses aufgenommen.

Eröffnet wurde die Eröffnungsfeier mit der Wahl des früheren Reichspräsidenten

### Wahl des früheren Reichspräsidenten

79 Abgeordnete, ausschließlich der beiden noch in die Verhandlungen verbannten Weimarer in Saal anwesend. 70 sprachen sich für den Zentrumsmann, 7 für die Sozialdemokraten und für die Wiederwahl des Reichspräsidenten des Abg. Dr. Weierstein. 21 sprachen sich für die Wiederwahl des Reichspräsidenten des Abg. Dr. Weierstein. 21 sprachen sich für die Wiederwahl des Reichspräsidenten des Abg. Dr. Weierstein.

### Das erste Geplänkel

brachte die Wahl der händigen Ausschüsse. In ihnen haben nur die Fraktionen Sitz und Stimme, während die Gruppen — der Landtag zählt ihrer fünf, von denen die Wirtschaft- und Konsumpartei nur durch ihren Fraktionsvorsitzenden Anspruch auf praktische Mitarbeit hat. In ihnen haben nur die Fraktionen Sitz und Stimme, während die Gruppen — der Landtag zählt ihrer fünf, von denen die Wirtschaft- und Konsumpartei nur durch ihren Fraktionsvorsitzenden Anspruch auf praktische Mitarbeit hat.

## Der Stand der Finanzen

Die Comptabilité der badischen Amortisationskassen auf 31. März 1930, verglichen mit jener vom 31. März 1929, ergibt folgendes Bild:

Die Summe des Vermögens beträgt 155.932.007 gegen 151.680.837 im Vorjahr, also 4.251.170 RMK. mehr, die der Schulden 124.090.829 gegen 120.245.403, d. h. um 3.845.426 RMK., die sich um 3.845.426 RMK. gegen 1929 verbessert hat. Die für die allgemeine Staatsverwaltung, für wirtschaftliche Unternehmungen und für die Wohnungsfürsorge verwendeten Aufwandsmittel haben sich von 50.9. 1929 auf 57,4 Mill. oder um 2,4 Mill. RMK. vermehrt. An Vertrag aus der Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Unternehmungen wurden 192.967 RMK. weniger erzielt als im Vorjahre vorgesehen war. Dies rührt vom schlechten Geschäftsgang in der Rheinbahn ab. Der Wirtschaftsfonds belief sich am 1. April 1930 auf 3.000.000 RMK.

Das gesamte Vermögensvermögen betrug am 1. April 1930 rund 20,4 Millionen RMK. Die abgeleiteten Vermögensgegenstände sind jetzt fast alle aufgegeben. Nach einem gemeinsamen Beschluß aller

ohne Erfolg. In ihrem Vortrage machte sich der Kommunist Bod, der — entgegen ihrer früheren Einstellung — von den Deutschnationalen, dem Evangelischen Volksdienst und dem Wirtschaftsparteiler von An unterstützt wurde. Bei Einkommenshaltung der liberalen Arbeitsgemeinschaft und der Nationalsozialisten wurde der kommunistische Antrag vom Zentrum und der Sozialdemokratie abgelehnt.

Nach einer vierstündigen Pause, die mit der Bildung der Ausschüsse angefüllt war, nahm das Haus die von den Abg. Sander (Ztr.) und Heß (Ztr.) (Ztr.) erhaltene Berichte des landwirtschaftlichen Ausschusses über die Abrechnung der Amortisationskassen und des Domänenamts für das Rechnungsjahr 1929 entgegen.

Bevor man von der „Begründung“ des neuen nationalsozialistischen Abgeordneten durch die Kommunisten und dem Wechsel zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten ab, die nach nationalsozialistischer Meinung „Schleichen“ und „Judenknecht“ sind und deren Exponenten, der Staatsrat Raier, ein „Dreizehnermonstrum“ ist, so war der Inhalt der Unterlegung des Landtages recht erfreulich. Einem Justizvortrag sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten folgte Beschluß der Landtag die

### Begründung der Aufwandsüberschuldung

der Landtagsabgeordneten am 20. u. d. Die Begründung des Aufwandsüberschusses beruht auf die gesamte Finanzlage des Staates, die in anderer Form im Laufe der öffentlichen Ausgaben spürbar und bezeichnend ist. Die öffentliche Verwaltung des Staates und Ministerpräsidenten als selbstverständliche Pflicht des Landtags, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Demgemäß werden die Beiträge der nicht in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten von 1140 auf 3000 A und der in Karlsruhe anwesenden Landtagsmitglieder von 800 auf 2500 A erhöht.

Das ist gewiß eine wesentliche Ersparnis, die innerhalb einer Budgetperiode für den Staatsschatz ungefähr 130.000 A ausmachen dürfte. Man darf aber nicht vergessen, daß die Aufwandsüberschuldungen erst im Sommer 1928 um 15 v. d. erhöht wurden, so daß die Einsparung demgegenüber nur 5 v. d. beträgt. Immerhin soll diese erste getriebene Teil des Landtages anerkannt werden.

Auch die Kommunisten hatten einen Antrag auf Pensionszahlung eingebracht, der aber gegen sie und die Nationalsozialisten niedergestimmt wurde. Diese wollten völlige Pensionszahlung für alle Mitglieder des Landtags, deren Einkommen 6000 A jährlich übersteigt. Die von dem kommunistischen Vortrager, dem Abg. Klausmann, gegebene Begründung ging aber davon aus, daß nur die Vertreter des „revolutionären“ Proletariats Pension erhalten sollen, denn „die verschiedenen bürgerlichen Vertreter, sozialdemokratischen Gewerkschaftsleiter und Parteiführer“, hießen, wie Klausmann sagte, die Pisten nur als Leihengeld ein.

Am vier Uhr heute nachmittag tritt der Landtag zur Wahl des Staatspräsidenten zusammen.

## Das Institut für Zeitungsfunde

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 20. November

Das Deutsche Institut für Zeitungsfunde an der Universität Berlin hat heute in seinen neuen, schönen Räumen einen zeitungsfundistischen Fortbildungskursus unter Teilnahme einer großen Zahl von Redakteuren und Zeitungsvorgesetzten aus dem ganzen Reich eröffnet. Die auf sechs Tage berechnete Vortragsreihe, in der u. a. auch der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister sprechen werden, wurde mit einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag „Der wirtschaftliche Aufbau der Zeitung und seine zeitlichen Voraussetzungen“ von Generaldirektor Carl Effer vom „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ eingeleitet.

## Nach dem Pilsudski-Siege

Consequenzen der polnischen Niederlagen

Polnische Rechtsbedingungen und Unterdrückungen sowie die Anspiel der Russen haben dem herrschenden Regime Polens einen großen Erfolg gebracht, der allerdings nach den Ergebnissen der letzten Wahlen keine Ueberraschung bieten kann. Wenn man das jetzt einigermassen zuverlässig vorliegende Wahlergebnis und ganz Polen unter die kritische Lupe nimmt, erscheint der Pilsudski-Sieg nicht mehr so überragend, wie der Wahlergebnis von rund 125 Mandaten für das Lager der moralischen Sanierung auf den ersten Blick annehmen läßt. Der Reichstag wird im neuen Sejm über 248 Mandate verfügen gegen den bisherigen 128, die mit kleinen Parteienabhängigen auf 185 gebracht werden konnten. Die nationalen Winderheiten werden im neuen Sejm nur über 80 Sitze verfügen anstatt der 60, die sie im alten Sejm hatten. Schon hier muß in der Wahlbetrachtung eine unendliche Pause eintreten: In der Zusammensetzung des polnischen Volkes hat sich in den letzten Monaten und Jahren nicht geändert. Von den 20 Millionen Einwohnern Polens entfallen nach wie vor etwa 11 Millionen eben auf diese Winderheiten. Sie machen immer noch 55 bis 38 Prozent der polnischen Gesamtbevölkerung aus. Die Winderheiten müßten also bei einer gerechten Wahl und ohne maßgebende Ausschüsse über 100 bis 140 Sitze verfügen, hatten im alten Sejm aber nur 60 und jetzt ganz und gar nur 38. In diesen wenigen Zahlen spiegelt sich das wieder, was in den letzten drei Monaten an innerpolitischen Wirrungen erzielt wurde. Man hat keinen noch so bescheidenen Teil der Winderheiten gewonnen, sondern man hat sie weitgehend mundtot gemacht und will jetzt der Welt gegenüber einen „Sieg“ zum Ausdruck bringen. Es ist bezeichnend, daß in einzelnen wehrlosen und ukrainischen Bezirken nur Regierungssoldaten gewählt wurden, weil Gegner einfach nicht da waren!

Von den einzelnen Winderheiten ziehen die Deutschen fast mit 10 nur noch mit 3 Mandaten in das neue Parlament Polens. Der deutsche Verlust verteilt sich auf Loh, Posen, Pommern und Ost-Oberpreußen, wo er am empfindlichsten, zugleich aber auch am natürlichsten ist. Denn in Ost-Oberpreußen wachte der Terror am härtesten, hier haupen die Aufständischen in der wilden Weise, ohne daß der Völkerverbund oder sonst eine Instanz sich der mißhandelten und unterdrückten Deutschen in der geringsten Weise annahm. Vielen Tausenden von Deutschen wurde das Wahlrecht aberkannt, der Rest der dem deutschen Volkstum verloren gegangenen Stimmen ist auf diejenigen Wähler zurückzuführen, die den mehrmonatlichen Weiden gelöst erlagen und aus ihrer Ruhe wissen eine polnische Liste wählen. Die polnischen Telegraphen-Agenturen haben sich mit der für das Ausland berechneten Verlesung bereit, daß „der Wähler in völliger Stille verlor“ sei. Abgesehen davon, daß die Behauptung auch in dieser Form nicht stimmt, genügt der Terror der vorangegangenen Wochen durchaus, um den polnischen Nachbarn einen Erfolg zu sichern. Auch hier werden einige Ziffern für Ost-Oberpreußen die notwendige Aufklärung geben: Ost-Oberpreußen hatte erst im Mai d. J. Wahlen vorgenommen. Damals errangen z. B. die Deutschen in einem Orte 407 Stimmen jetzt 70, in dem nächsten 143, jetzt 8, in einem weiteren 308 jetzt 38, in einem anderen Radbarre 198, jetzt 47. Diese Verluste aus den Landgemeinden ließen sich beliebig vermehren. Niemand, auch der fanatischste Anhänger der moralischen Sanierung Pilsudkis nicht, wird annehmen, daß diese Deutschen alle in den letzten sechs Monaten ihre nationale Stimmung geändert haben. Sie geben einen polnischen Stimmzettel jetzt ab, weil die Rücksicht auf das eigene Leben und das der Familie diesen Zeitweil geboten erschienen ließ. Das Deutschum auch Ost-Oberpreußen ist nicht verschwunden, es ist weiter da und wartet auf den Tag, an dem es bei einigermassen korrekten Wahlen den Beweis für Existenz erneut liefern kann.

Die polnische Rechte, die die entscheidende Gewinnerin des Pilsudski-Regimes ist, hat sich nicht nur behauptet, sondern sie hat ihren Bestand von bisher 30 auf 64 Mandate erhöht. Die Nationaldemokraten sind es, die in Posen und Pommern die „Sieger“ waren, nicht die Vertreter der moralischen Sanierung, deren Gewinn sich zu zwei Dritteln aus der Ungültigkeitserklärung von Kom-











Die Reorganisation des lübeckischen Eisenhandels

Bei der Reorganisation des lübeckischen Eisenhandels...

Vor der Verlängerung der weidischen Eisenhandelsverträge

Die weidischen Eisenhandelsverträge werden...

Schwierigkeiten auch bei rumänischen Banken

Die rumänischen Banken zeigen Schwierigkeiten...

Frankfurt geschäftlos

Die heutige Börse in Frankfurt war geschäftlos...

Berlin weiter rückgängig

Die Berliner Börse zeigt weiterhin einen Rückgang...

Erfolgreiche Verhandlungen zwischen Flugzeug- und Luftverkehr

Die Verhandlungen zwischen Flugzeug- und Luftverkehr...

Matte Börsen

Matte Börsen mit geringem Umsatz...

Abhaltende Auslandsabgaben und Ultimo-Positionierungen des Publikums drücken auf Rückgang

Abhaltende Auslandsabgaben und Ultimo-Positionierungen...

Manheim schwächer

Die Börse in Mannheim zeigt Schwäche...

Frankfurt geschäftlos

Die heutige Börse in Frankfurt war geschäftlos...

Berlin weiter rückgängig

Die Berliner Börse zeigt weiterhin einen Rückgang...

Schleppendes Produktionsgeschäft

Schleppendes Produktionsgeschäft in den Metallwerken...

Berliner Produktionsbörse v. 20. Nov.

Die Berliner Produktionsbörse vom 20. November...

Londoner Metallbörse vom 20. November 1930

Die Londoner Metallbörse vom 20. November...

Berliner Metallbörse vom 20. November 1930

Die Berliner Metallbörse vom 20. November...

Londoner Metallbörse vom 20. November 1930

Die Londoner Metallbörse vom 20. November...

Berliner Metallbörse vom 20. November 1930

Die Berliner Metallbörse vom 20. November...

Londoner Metallbörse vom 20. November 1930

Die Londoner Metallbörse vom 20. November...

Berliner Metallbörse vom 20. November 1930

Die Berliner Metallbörse vom 20. November...

Londoner Metallbörse vom 20. November 1930

Die Londoner Metallbörse vom 20. November...

Berliner Metallbörse vom 20. November 1930

Die Berliner Metallbörse vom 20. November...

Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

Table with multiple columns listing stock prices for Mannheim, Frankfurt, and Berlin. Includes sections for 'Mannheimer Effektenbörse', 'Frankfurter Börse', 'Berliner Börse', and 'Terminnotierungen (Schluß)'.

Terminnotierungen (Schluß)

Table listing closing futures prices for various commodities and currencies.

Terminnotierungen (Schluß)

Table listing closing futures prices for various commodities and currencies.

